Interview mit Cornelia Kerth, Bundesvorsitzende der VVN-BdA

Der Bundesausschuss stellte sich kritischen Fragen und will seine Arbeit verbessern

antifa: **Auf drei Tagungen hat der Bundesausschuss der VVN-BdA in diesem ersten Halbjahr viel Arbeit bewältigt. Kann man sagen, es lief nicht mehr alles rund, und nun hat der Bundesausschuss große Anstrengungen unternommen, um wieder seine Funktion als höchstes Organ zwischen den Bundeskongressen einzunehmen?**

Cornelia Kerth: So kann man das sagen. Es hatte sich ein wenig die Routine eingeschlichen, dass der Bundesausschuss abwartend darauf geschaut hat, was von den Sprecher/innen eingebracht wird. Es wurde wenig inhaltlich diskutiert und dem entsprechend fühlten sich die BA-Mitglieder auch weniger zuständig für die Umsetzung der Beschlüsse.

Mit einer gut vorbereiteten »Zukunftswerkstatt« hat der BA nun die Weichen für mehr inhaltliche Debatte und für mehr Beteiligung gestellt und geht zielstrebig daran, die Ergebnisse umzusetzen. So wurde bei der jüngsten Sitzung eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit Vorschlägen zur Auseinandersetzung mit unserer Diskreditierung durch die »Verfassungsschutz«-Berichte in Bayern und Baden-Württemberg befasst. Und es gibt eine Liste von Themen, die zu behandeln sind. Auf der September-Sitzung geht es um den Zusammenhang von Antifaschismus und Antimilitarismus im Lichte aktueller Kriegsgefahr. Dazu bringen mehrere Kamerad /innen ihren Sachverstand in die Vorbereitung ein.

Der Verband wurde nunmehr 65 Jahre alt, es vollzieht sich ein Generationenwechsel. Herausforderungen und Aufgaben wachsen. Wie ist das alles zu bewältigen?

Was uns von anderen unterscheidet, bleibt die direkte Erfahrung der Widerstandskämpfer/innen und Verfolgten, die die Organisation trägt.

Es ist vielleicht unsere größte Stärke, dass wir von dieser Erfahrung profitieren können in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Deutung der Geschichte, die noch lange nicht abgeschlossen ist und die inzwischen ja eine ausgesprochen dramatische europäische Dimension erhalten hat. Unsere Aufgabe an dieser Stelle ist es, die Sicht der Verfolgten einzubringen.



Cornelia Kerth, Bundesvorsitzende der VVN-BdA

Wie sieht das konkret aus?

Es ist gut, dass aus NRW die Initiative »Kinder des Widerstands«kommt. Viel zu wenig wurde bisher deutlich, dass unsere »Zeitzeugen« auch Kinder und Enkel haben, die ihr Erbe weiter tragen, auch zu uns und mit uns.

Wir müssen unbedingt mehr für unsere Kampagne nonpd werben, damit die NPD endlich verboten wird! Bis dahin gehören Nazi-Aufmärsche zu unserem Alltag. 2011 ist es in Dresden gelungen, mit Massenblockaden den größten Aufmarsch in Europa zu verhindern, 2012 blieben die Faschisten weg. Wir müssen gemeinsam mit den vielen Bündnispartnern, die in Dresden zusammengewirkt haben, dafür sorgen, dass dieses Beispiel Schule macht. Im Kontakt mit den nachwachsenden Generationen schaffen wir die Grundlage für unsere Zukunft. Der Schwur der befreiten Häftlinge von Buchenwald bleibt unser Vermächtnis. Aber wir müssen uns auch mit neuen Fragen beschäftigen und vielleicht an der einen oder anderen Stelle auch neue Antworten finden.

Die Bundesausschusssitzung hat wie stets die Befreiungsfeiern zum 8. Mai gewürdigt, aber zugleich erwachsen neue Jahrestage – mit sehr bitterem Beigeschmack der zu 20 Jahre Lichtenhagen. Worum geht es?

Zunächst geht es um das Pogrom, das im August 1992 unter den Augen der politisch Verantwortlichen und der Polizei stattfinden konnte, die bei der Zusammenrottung eines täglich bedrohlicheren Mobs keinen Grund zum Eingreifen sahen. Rostock ist aber nicht die einzige Stadt, in der es zu Pogromen und tödlichen Angriffen kam, die z. T. nie wirklich aufgeklärt wurden, z. B. in Solingen und Lübeck. Natürlich gehören dazu auch die Morde des »NSU«. Daran wollen wir mit einer Demonstration erinnern.

Zur Solidarität mit den Opfern faschistischer Gewalt gehört auch, dem gesellschaftlichen Klima von Stigmatisierung und Ausgrenzung, dem staatlichen Rassismus und dem Alltagsrassismus, entgegen zu treten, die Menschen zu potentiellen Opfern machen und Neofaschisten das Gefühl geben, sie seien eine Art von Avantgarde, die den Mut hat radikal zu tun, was andere wollen. Hierzu wollen wir im August bei einer Konferenz mit der Methode »World-Café« mit Bündnispartnern ins Gespräch kommen.

Ein ständiges Thema ist die Arbeit mit der *antifa*. Die Zeitschrift wirbt für sich selbst, könnte man sagen, und es wäre nicht falsch. Aber Selbstzufriedenheit reicht auch nicht . Was muss getan werden?

Wir wollen die größere Vielfalt von Zugängen zum Antifaschismus, neue Themen, mit denen wir uns befassen, auch in der *antifa* abbilden. Wohl bemerkt: in Ergänzung, nicht anstelle unserer Tradition. Lebendige Diskussionen einer lebendigen Organisation müssen sich in unserer Zeitschrift spiegeln – sie ist das Bindeglied zwischen allen unseren Mitgliedern und vielen Freund/innen und unsere Visitenkarte. Mit dieser Visitenkarte wollen wir an andere Antifaschist/innen herantreten, um sie als Abonnenten und auch als Mitglieder zu gewinnen.

Der 80. Jahrestag des 30. Januar 1933 kommt auf uns zu. Was plant der Bundesausschuss?

Auch das ist neu: der Bundesausschuss hat noch keinen Plan beschlossen, sondern bereitet dazu eine bundesweite Diskussionsveranstaltung am 29. September in Kassel vor. Alle interessierten Mitglieder sind eingeladen, gemeinsam zu entwickeln wie wir heute angemessen an den 30. Januar 1933 erinnern wollen. Das wird sicher eine sehr spannende Veranstaltung und wir wünschen uns, dass sich viele Kamerad/innen aus allen Bundesländern und Generationen daran beteiligen.

Interview: Ulrich Sander

Das letzte Tabu wird geknackt – Georg Chodinski sprach mit Ulrich Sander

Kapitalverbrechen von VVN-Geschichtsgruppen erforscht

***antifa*: In den Verfassungsschutzberichten in Bayern und Baden-Württemberg wird der VVN-BdA vorgeworfen, sie agiere »auf der Basis des klassischen kommunistischen Faschismusverständnisses, das einen untrennbaren Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus herstellt«. Das ist falsch, weil es in der VVN-BdA unterschiedliche Zugänge zum Antifaschismus gibt. Es ist allerdings historisch durchaus korrekt, dass es einen engen Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapital als Förderer und Profiteure des Faschismus gab. Dazu habt Ihr jetzt ein Buch geschrieben; dessen Titel lautet »Von Arisierung bis Zwangsarbeit – Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933-1945«.**

U. Sander: Ja, und wir möchten auch, dass bald ähnliche Bücher zur Geschichte an Neckar, an Elbe und Oder und anderen Flüssen erscheinen. Unser Buch basiert auf einer dreijährigen Recherche in Nordrhein-Westfalen, und der Bundeskongress der VVN-BdA hat voriges Jahr beschlossen, allen Landesvereinigungen die Ausweitung der Rallye »Spurensuche Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945« vorzuschlagen.

Was ist das denn?

Die Tatorte der Verbrechen der ökonomischen Eliten in der Zeit von Faschismus und Krieg werden recherchiert, die Hintergründe ermittelt und Warnungen ausgesprochen: Nie wieder! Und zwar ganz konkret örtlich und regional. In NRW haben wir rund 30 solcher Tatorte gefunden, und wir publizieren nun dazu in unserem Buch und auf unserer Website und regen an, dass Straßen mit belasteten Namen umbenannt werden und informative Warntafeln aufgestellt werden. Es gibt noch tausende weiterer Tatorte, wenn man nur an die Zwangsarbeiterlager denkt.

Gibt es dazu schon Ergebnisse?

In Köln fingen schon Anfang der neunziger Jahre Erinnerungsarbeiter damit an und sicherten eine Warntafel vor der Villa des Bankiers und Barons von Schröder am Stadtwaldgürtel, der dort am 5. Januar 1933 mit Hitler und von Papen alles perfekt machte zur Machtübertragung am 30. Januar 1933. Weitere Tafeln entstanden in Leverkusen zu IG Farben, in Herten gleich mehrere zum Bergbau. In anderen Städten wurden vom Stadtrat Warntafeln vor Emil Kirdorf und Fritz Thyssen beschlossen. Viele Bürgeranträge warten noch auf Bearbeitung.



Sander, Ulrich (Hg.): Von Arisierung bis Zwangsarbeit. Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945, Köln: PapyRossa Verlag 2012, 347 S., 18 s/w-Abb., ISBN 978-3-89438-489-0, 16,90 Euro.

Zu beziehen bei nrw@vvn-bda.de.

Was wird aus den Recherchen? Es haben doch 30 Aktivisten der VVN-BdA mitgearbeitet und ferner haben die Historiker Thomas Kuczynski, Kurt Pätzold, Ulrich Schneider und Manfred Weissbecker Beiträge zum Buch beigesteuert.

Letztere haben gründliche Analysen geliefert zum Beispiel zur Notwendigkeit, nach der Ausstellung Verbrechen der Wehrmacht nun die Ausstellung Verbrechen der Wirtschaft vorzulegen und an der Entschädigung der Opfer der NS-Zwangsarbeit dranzubleiben.

Sollen wir uns die Arbeit mit der Ausstellung aufhalsen?

Wir sind so kühn. Allerdings bekommen wir es mit unserem bisherigen Kollektiv nicht hin – es sind ja leider während der Recherchen unsere Mitstreiter Jupp Angenfort, Manfred Demmer, Hans Heinrich Holland und Klaus Kunold verstorben. Wir brauchen also Unterstützung. Die Arbeit an Mahnorten geht auch in NRW weiter. Auch neue Erkenntnisse – so zu den furchtbaren Verbrechen des Abschiebens der Zwangsarbeiter auf Todesmärsche und in Todeslager durch ihre »Arbeitgeber« in den letzten Kriegsmonaten – kamen erst nach Erscheinen des Buches hinzu.

Ihr berührt »das letzte Tabu« schrieb die Junge Welt, und benennt die eigentlichen »Kapitalverbrechen« dieser Zeit, so das Neue Deutschland.

Der Tabubruch ist den Herrschenden sehr unbequem. Es soll in der heutigen Krise nicht warnend auf die damaligen Krisenauswege des Kapitals hingewiesen werden. Auch die Autoren süddeutscher Verfassungsschutzberichte wissen, dass der heutige prokapitalistische Krisenausweg nur mit autoritären Mitteln, mit antidemokratischen Regelungen möglich ist. 1932/33 entschied sich das Kapital so, wie es sich entschied. Es wollte Krieg. Wir meinen: Der Kapitalismus muss nicht zum Faschismus führen, aber bei uns ist es geschehen. Und somit kann es wieder geschehen. Daher heißt es aufzupassen und aufzuklären.

Und was antworten wir nun Autoren der Verfassungsschutzberichte aus Bayern und Baden-Württemberg, die jede antifaschistische Kapitalismuskritik irgendwie verfassungsfeindlich finden?

Zum Beispiel sollen sie sich den sozialdemokratischen »Vorwärts« vom Abend des 30. Januar 1933 ansehen. Er titelte: »Hitler-Papen-Kabinett – ›Feine Leute‹ und drei Nazis – Kabinett des Großkapitals«, Zwischenüberschrift: »Kapitalistische Reaktion«.

Ermutigung erfuhrt Ihr dagegen von solchen Autoren und Werken wie Gustav Luntowski »Hitler und die Herren an der Ruhr« und Adam Tooze »Ökonomie der Zerstörung. Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus«.

Zahlreiche Medien und Wissenschaftler haben dem englischen Forscher Tooze Respekt gezollt. Weniger Anerkennung bekam jedoch Prof. Luntowski, ehemals Stadtarchivar von Dortmund, Obgleich der erstmals in den privaten Archiven der Herren an der Ruhr forschen durfte. Tooze und Luntowski räumen auf mit der Behauptung, die ökonomischen Eliten hätten sich erst nach dem 30. Januar 1933 mit dem Faschismus abgefunden und arrangiert. Und dies geschah zugunsten schlichter Gier nach Profit, nach Eroberung von Märkten und Raub per Arisierung und Zwangsarbeit.

Welchen praktischen Nutzen können die Bürgerinnen und Bürger aus Euren Recherchen ziehen?

Sie können beispielsweise erfahren, was hinter so selbstverständlichen Markennamen steckt wie Evonik oder Siku oder BMW. Viele Tausend Anhänger von Borussia Dortmund tragen das Evonik-Trikot, auf dem eigentlich Evonik-Degussa stehen müsste, um die Vorläuferfirmen Degussa und Degesch mit zu benennen, die für den Raub des Zahngoldes der NS-Opfer und für Lieferung von Zyklon B, dem Gas, mit dem Millionen umgebracht wurden, verantwortlich waren. Und Siku-Spielzeugautos befinden sich in fast allen Kinderzimmern. Und Haribo macht nicht nur Kinder froh, sondern der Name steht – wie bei Siku – für Firmen, die nie einen Cent für die Entschädigung ihrer Zwangsarbeiter gezahlt haben. Und BMW ist in Händen der Quandtfamilie, die sich ebenfalls nicht an der Entschädigung beteiligt hat. Es geht um Aufklärung im Alltag und um mehr Nachdenklichkeit und Wachsamkeit.

Womit beginnen?

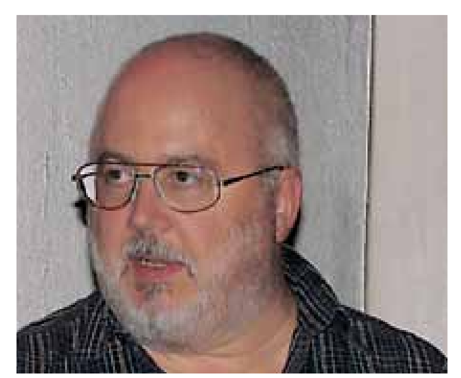
Wer weitere Spuren suchen und benennen will, möge zum Beispiel die Liste der Firmen, die Zwangsarbeiter ausbeuteten, mit der Liste der Firmen vergleichen, die wirklich in die Stiftung zur Zwangsarbeiterentschädigung einzahlten, d. h. erstens Betriebe, die hätten zahlen sollen: http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/0874_liste_zwangsarbeit_fonds.htm, und zweitens Betriebe, die zahlten: http://www.verbrechen-der-wirtschaft.de/texte/0050_liste_zwangsarbeiter.htm.

Webmaster der Bundesvereinigung verstorben

Ein Nachruf auf Rainer Zorn

Wer in den letzten sieben Jahren etwas mit den Interneteauftritten der VVN-BdA zu tun hatte, stieß dabei immer auf den am 11. Juni im Alter von 57 Jahren nach langer Krankheit viel zu früh verstorbenen Kameraden Rainer Zorn.

Er war weit mehr als nur der unermüdliche Webmaster der Bundesvereinigung. Als gelernter Naturwissenschaftler brachte er konzeptionelle Strenge in viele unserer Projekte ein und machte aus verrückten Ideen funktionierende



Rainer Zorn

Systeme. Besonders wichtig war er als Mitglied des »nonpd«-Teams. Ohne ihn wären die Erfolge unserer Kampagne nicht möglich gewesen.

Seine zahlreichen Anrufer aus den Kreis- und Landesvereinigungen betreute er liebevoll und kenntnisreich, was auch heißen konnte ihnen, unrealistische Vorstellungen auszureden.

Rainer war dabei alles andere als ein trockener Techniker. Vielmehr zeichnete er sich durch seine Vielfalt und geistige Beweglichkeit aus. Man konnte mit ihm genauso gut über niederländische Malerei, die Geschichte der Bäume, Weinanbaugebiete, den Marxismus oder über 100 andere Themen reden. Immer kam er dann irgendwann wieder auf seine Herzensangelegenheit, die Zukunft der VVN-BdA. Dabei hatte er dann einen klugen Gedanken, eine Analogie, ein Bild oder eine Idee gefunden, die für uns wichtig wurde.

Rainer war kritisch und streitbar, anpackend und energisch, lebensfroh und lebensklug, ein guter Kamerad und ein guter Freund, den wir sehr vermissen werden.

Thomas Willms

Die zweite Generation

Kinder von antifaschistischen Widerstandskämpfern und Emigranten aus der gesamten Republik treffen sich am 12./13. Oktober 2012 im Robert-Havemann-Saal, Haus der Demokratie und Menschenrechte Berlin, Greifswalder Straße 4, Tram M4.

Lebenserfahrungen von Kindern politisch, rassisch oder religiös Verfolgter sind noch kein Teil des öffentlichen Bewusstseins. Erst seit 1989 wird über die aus Verfolgung resultierenden Erfahrungen und Auswirkungen auf die Sozialisation in BRD und DDR mehr nachgedacht. In einer lokalen Fallstudie erforschte die Universität Wuppertal, welche traumatischen Prägungen die Entfremdung von Vätern, Müttern oder Eltern durch lange Haftzeiten und der Sozialisierungsdruck bei den Kindern vor und nach 1945 hervorriefen. Kinder von in der VVN organisierten Eltern konnten Diskriminierung bis hin zu eigenen Berufsverboten erleben.

In der DDR galten elterlicher Widerstand und Exil als Bestätigung der politischen Gegenwart. Eine notwendige Bewältigung der Traumata für Eltern und Kinder fand nicht statt. Diesen und vielen anderen Fragen geht die von der Berliner VVN-BdA in Kooperation mit Helle Panke e.V. Rosa-Luxemburg-Stiftung und der NRW-Gruppe »Kinder des Widerstandes« sowie anderen initiierte Tagung nach.



Die Gruppe aus NRW erarbeitete einen Flyer; siehe www.nrw.vvn-bda.de.

Sie hat an mehreren Veranstaltungen teilgenommen – ihr Motto »Widerstand als Aufgabe«– und ihr Anliegen vorgetragen. So in der IGM-Schule Sprockhövel bei einem Seminar und bei einem Erzählcafé beim Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte in Köln.

Weitere Informationen: http://www.helle-panke.de/topic/3.veranstaltungen.html

Anmeldung erforderlich: Website, Fax: 030 / 47 37 87 75 oder Post: »Helle Panke«, Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin.

H.C./T.S.

Die VVN-BdA am 25. und 26. August in Rostock

»Grenzenlose Solidarität« – Kundgebung und bundesweite Demonstration »Lichtenhagen, NSU und alle schauen zu«

»In dieser Stadt gingen Menschen im August 1992 erneut mit rassistischen Gewalttaten und Brandstiftungen gegen unschuldige Familien, Kinder, Frauen und Männer vor. Wir erinnern an die Millionen Kinder, Frauen und Männer, die – weil als Juden oder Sinti und Roma geboren – dem nationalsozialistischen Völkermord zum Opfer fielen. In einer einzigen Nacht unvergesslichen Grauens wurden am 2. 9. 1944 die 3.000 noch lebenden Menschen im ›Zigeunerlager‹ von Auschwitz-Birkenau durch Gas ermordet. Diese Erfahrungen und historischen Verpflichtungen für das deutsche Volk müssen wachgehalten werden, um zu verhindern, dass sich die Gewalt und Menschenverachtung jemals wiederholt.«

So beschrieb der Text dieser Gedenktafel die Ungeheuerlichkeit des rassistischen Pogroms vom 22. – 26. August 1992 in Rostock-Lichtenhagen. Der Versuch Beate Klarsfelds, Mitgliedern der französischen FFJDF, zu Deutsch: »Söhne und Töchter der aus Frankreich deportierten Juden«, und einigen Roma, die Tafel am 19.10.1992 am Rostocker Rathaus anzubringen, wurde von der Polizei verhindert, die Demonstrant/innen festgenommen. Ihr Protest richtete sich auch gegen den deutsch-rumänischen Vertrag, der die Abschiebung von in Deutschland Asyl suchenden Roma nach Rumänien regelte. Viele waren vor Pogromen in Rumänien ins vermeintlich sichere Deutschland geflohen.

Alle Versuche, mit einer Gedenktafel an das Pogrom zu erinnern, sind am Widerstand der Stadt Rostock gescheitert. Gemeinsam mit Beate Klarsfeld wird die VVN-BdA einen neuen Versuch starten.

Mit einer Demonstration will die VVN-BdA, zusammen mit einem breitem Bündnis aus Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Flüchtlingsräten, unabhängigen antirassistischen und antifaschistischen Gruppen an das Pogrom von 1992 daran erinnern, dass sich die Situation von Flüchtlingen und Migranten hierzulande und in Europa keineswegs verbessert hat.

Samstag, 25.8.2012, Kundgebung: 11.00, Neuer Markt (vor dem Rathaus)

Anschließend: Antirassistische Demonstration in Rostock-Lichtenhagen, 14.00, S-Bahnhof Lütten Klein

Sonntag, 26.8. 2012

»Lichtenhagen, NSU und alle schauen zu« – Worldcafe zu Rassismus und Möglichkeiten der Solidarität, 11.00 Uhr Peter-Weiss-Haus, Doberaner Straße 21, 18057 Rostock

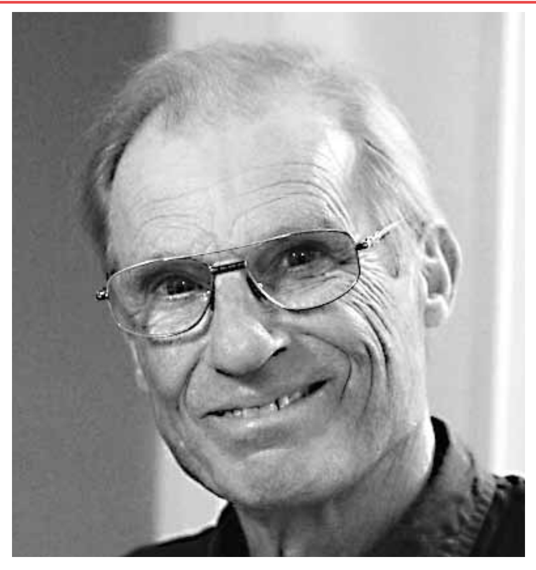
Weitere Infos:

http://lichtenhagen.blogsport.de und http://www.vvn-bda.de

Pastor Erich Arndt verstorben

Er war Mitbegründer des Nationalkomitees Freies Deutschland

Nur wenige Monate vor Vollendung seines 100. Geburtstages verstarb in Rostock Pastor i.R. Erich Arndt. Der 1912 im mecklenburgischen Parchim geborene Arndt war trotz seiner Tätigkeit im Krieg als Militärpfarrer im Range eines Majors überzeugter Antifaschist. 1933 in die NSDAP eingetreten, wurde er schon wenige Jahre später wegen seiner Betätigung in der Bekennenden Kirche aus der Partei ausgeschlossen. Vor allem die Judenverfolgungen in seinem Umfeld ließen ihn zu einem Nazigegner reifen. In sowjetischer Kriegsgefangenschaft gehörte er zu den Mitbegründern des Nationalkomitees Freies Deutschland, war Lagergeistlicher und gründete ebenfalls den Bund deutscher Offiziere mit.



Pastor Arndt

Foto: (e) Freier Journalist, Online-Redakteur, Dipl.-Archivar KONZEPT - TEXT - FOTO - LAYOUT - RECHERCHE REDAKTIONSBÜRO MHR - www.ragwitz.de Heideweg 22a - 19230 Hagenow Heide (Mecklenburg) Tel. +49 (0)3883 6226712 - Fax: +49 (0)3883 6226714

Den 8. Mai 1945 verband er mit der Hoffnung, dass ein friedliebendes, demokratisches und antifaschistisches Deutschland entstehen möge. Nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft übernahm Arndt wieder eine Pastorenstelle in Parchim und war später bis 1990 Landeskirchlicher Beauftragter für Gefängnisseelsorge.

Große Anerkennung fand sein Wirken auch im Deutschen Friedensrat, in der Nationalen Front und im Kulturbund der DDR, für den er auch im Schweriner Bezirkstag saß. Im Verlauf der politischen Wende gab Erich Arndt ein Plädoyer für den Sozialismus ab, weil er seiner Überzeugung nach »von allen zur Zeit angebotenen Gesellschaftsordnungen diejenige ist, die meinem christlichen Glauben und der in ihm begründeten Ethik und Moral am nächsten kommt: Der Nächstenliebe und dem Frieden.«

Diesem Anliegen widmete sich Arndt bis zu seinem Tode. An seinem Grab in Bützow, an dem auch der VVN-BdA-Landesvorstand ein Gebinde niederlegte, wurde Arndt als streitbarer Humanist gewürdigt, der stets geistige Impulse gab und sich der Menschlichkeit verpflichtet fühlte. ***M. R.***

Kultur des Erinnerns

Film stellt Todesmarsch dar

Auf der dritten Tagung zur Regionalgeschichte im Landkreis Ludwigslust-Parchim wurden im Juni 2012 neue Forschungsergebnisse zur NS- und Nachkriegs-Zeit vorgestellt. Die unter dem Leitspruch »Erinnern, gedenken, würdigen, mahnen« vom Verein Mahn- und Gedenkstätten im Landkreis und Politische Memoriale in M-V organisierte Tagung hatte einmal mehr eine erstaunliche Bandbreite regionaler Geschichte zu bieten. Ramona Ramsenthaler, Leiterin der Mahn- und Gedenkstätten Wöbbelin, wies darauf hin, dass sich, angeregt durch die Forschungstätigkeit immer mehr Kinder und Enkelkinder aus vielen Ländern auf den Weg in den Landkreis machen, um nach Spuren ihrer Familie zu suchen.

Ganz in diesem Sinne wird durch die Forschungsarbeit, so Ramsenthaler, Geschichte multiperspektivisch betrachtet. Als einer der Hauptredner trat Dr. Uwe Wieben auf. Der Historiker und frühere Boizenburger Bürgermeister befasst sich in seinem Vortrag mit seinen Forschungen zu den KZ-Außenlagern Düssin und Garlitz. Er verdeutlichte sehr anschaulich, dass neben akribischer Forschungsarbeit auch ein Quentchen Forschungsglück dazu gehört, um Geschichte erlebbar zu machen. So habe er bei seinen Arbeiten auch Aquarelle eines französischen Generals gefunden, der in Garlitz inhaftiert war und seine Umwelt malte. Wieben legte am Rand der Tagung eine noch druckfrische Publikation aus, in dem er seine Forschungsarbeit zu beiden Standorten zusammengefasst hat.



Die dritte Tagung zur Regionalgeschichte im Ludwigsluster Landratsamt war gut besucht. Foto: MHR

Länderredaktion: Max Ragwitz, Hagenow

Weitere Themen widmeten sich der Geschichte des KZ-Außenlagers Wöbbelin in der Zeit 1945 bis 1948 sowie der Rettungsaktion der sogenannten Weißen Busse durch das Schwedische Rote Kreuz in Mecklenburg. Die Busse starteten kurz vor Kriegsende mit Billigung der NS-Machthaber und Kenntnis der Alliierten von Friedrichsruh im Sachsenwald bei Aumühle, um skandinavische Gefangene aus deutscher Gefangenschaft zu retten und nach Schweden zu bringen. Die Aktion konnte später auf jüdische Häftlinge ausgeweitet werden.

Ein von Elvira Grossert aus Schwerin vorgestellter Film beschrieb den Verlauf des Todesmarsches von Häftlingen aus den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Ravensbrück in der Region zwischen Parchim, Ludwigslust und Schwerin. Erarbeitet wurde der Film von Schülern der 10. Klasse des Fridericianums Schwerin, die ihn unter das Motto »Es gibt Dinge, die sollten nicht vergessen werden…« stellten. Der Film berichtet über die Recherche der Schüler und lässt Zeitzeugen zu Wort kommen. Er will zum Nachdenken und Nachfragen, zur eigenen Spurensuche in der Region, zur Auseinandersetzung mit der NS-Zeit und mit rechtem Gedankengut anregen. Ramona Ramsenthaler: »Ganz in diesem Sinne wollen und werden wir unsere Arbeit weiterführen und unsere Öffentlichkeitsarbeit darauf ausrichten, dass es kein Vergessen über dieses dunkle Kapitel deutscher Geschichte gibt.«

Verantwortlich:
Vorstand Landesverband
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Verantwortlich:
Axel Holz

VVN-BdA MV e-V., Lübecker Str. 180,19059 Schwerin

http://mv.vvn-bda.de/

Ein Ausflug zur Erinnerung an den Widerstandskämpfer Ludwig Göhring

Auf den Spuren des »Höhlendruckers«

Mitte Mai dieses Jahres machten sich einige Antifaschistinnen und Antifaschisten aus der Nürnberger Region zur »Druckerhöhle« auf, deren Geschichte mit dem Namen Ludwig Göhring verbunden ist. Die Karsthöhle befindet sich im Bereich des Veldensteiner Forstes in der Nähe von Neuhaus/Pegnitz im Fränkischen Jura, inmitten eines einsam gelegenen Waldstückes.

Im Auftrag der illegalen Nürnberger KPD-Gruppe war dorthin im Juni 1933 eine in Einzelteile zerlegte Gestetner-Abzugmaschine geschafft worden. Der Zugang zum Inneren der sehr schmalen Spalthöhle konnte nur mittels eines zehn Meter langen Seils, später dann mittels einer Strickleiter erfolgen.

Der damals 23-jährige Ludwig Göhring hatte von Juni bis August 1933 jeweils an den Wochenenden die Nummern 2, 3 und 4 der insgesamt mehrere tausend Seiten umfassenden »Blätter der sozialistischen Freiheitsaktion« in Handarbeit abgezogen.

Per Eisenbahn fuhr er dann zu Wochenbeginn jeweils mit den Druckseiten nach Nürnberg zurück, wo seine Genossen die Blätter zur Weiterverteilung in Empfang nahmen.

Als er am 12. August 1933 mit der fünften Nummer am Nürnberger Ostbahnhof ankam, wurde er jedoch bei der Weitergabe beobachtet, festgenommen und der SA übergeben.

Mit Ludwig wurden in den folgenden Wochen weitere zwölf Personen verhaftet, in Gefängnisse und Lager verschleppt. Zu ihnen gehörte auch Alfred Sauer, der nach der Befreiung vom Faschismus bis zu seinem Tod im Jahr1987 lange Zeit im Vorstand der Nürnberger VVN-BdA mitarbeitete und sich besonders in der Friedensbewegung engagierte. Im Juli 1934 wurden die meisten Verhafteten zu langjährigen Strafen verurteilt.

Ludwig Göhring selbst wurde nach seiner Festnahme nach dreitägigen Folterungen direkt in das KZ Dachau verschleppt, wo er 15 Monate in qualvoller Einzelhaft verbringen musste. Die Konzentrationslager Flossenbürg und Neuengamme waren weitere Stationen auf seinem Leidensweg, bis er dann 1945 noch mit dem Strafbataillon Dirlewanger in den Krieg gegen die Sowjetunion geschickt wurde.

Nach seiner Rückkehr arbeitete Ludwig in der Nürnberger Betreuungsstelle für rassisch und politisch Verfolgte. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der VVN und war bis in die 90er-Jahre hinein über zwanzig Jahre lang Kreisvorsitzender der VVN-BdA Nürnberg und Mitglied des Landesvorstands.



Am Einstieg in die »Druckerhöhle« *Foto: Pierdzig*

In unzähligen Vorträgen und Gesprächen gab er in dieser Zeit das antifaschistische Erbe an die nachfolgenden Generationen weiter. Im Sommer 1999 verstorben, konnte er die Buchveröffentlichung seiner autobiographischen Aufzeichnungen leider nicht mehr selbst erleben. Viele Jahre lang hat seither seine Witwe, unsere Kameradin Irma Göhring, mit dem Buch bei Veranstaltungen und Lesungen Ludwigs Vermächtnis den Nachgeborenen weiter vermittelt.

Günter Pierdzig

Literaturhinweis: Ludwig Göhring: Dachau-Flossenbürg-Neuengamme. Eine antifaschistische Biographie. GNN Verlag Schkeuditz 1999

Seligsprechung für Widerstandskämpfer Christoph Probst

Zurückhaltung in Murnau

Im Herbst vorigen Jahres hatte sich Dr. Peter Düren, Mitarbeiter des Bistums Augsburg, dafür ausgesprochen, den Murnauer Christoph Probst selig zu sprechen.
Dieser war als Widerstandskämpfer der »Weißen Rose« zusammen mit Hans und Sophie Scholl am 22. Februar 1943 mit dem Fallbeil enthauptet worden.
Der Murnauer Pfarrgemeinderat will jedoch beim Bistum ein Seligsprechungsverfahren weder anregen noch erbitten.

Mehrere Mitglieder hätten sich »gegen einen Antrag auf Seligsprechung« ausgesprochen, heißt es in einem Sitzungsprotokoll.

»Probst wird nicht als Murnauer wahrgenommen und hat hier auch nicht seinen Lebensmittelpunkt gehabt«, zitiert das Murnauer Tagblatt den Vorsitzenden Johannes Unterstein.

Außerdem werde der Widerstandskämpfer in der Gemeinde nicht verehrt. Bistumssprecher Markus Kremser wird dazu so zitiert: »Damit es zu einem Seligsprechungsprozess kommt, bedarf es einer Verehrung. Eine solche ist uns bisher nicht bekannt. Der Anstoß muss von den Gläubigen kommen.«

Christoph Probst – *antifa* hat darüber berichtet – ist in Murnau geboren und hat dort einige Jahre gelebt. In Marquartstein besuchte er dann die Internatsschule, in München das Realgymnasium und in Schondorf, wo er mit 17 Jahren das Abitur machte, das Landheim.

Er studierte Medizin und diente in der Wehrmacht als Sanitätsfeldwebel. Kurz vor seiner Hinrichtung ließ sich der 24-jährige Vater von drei Kindern vom katholischen Gefängnisgeistlichen taufen.

Der Kaufbeurer Religionslehrer und Publizist Jakob Knab appellierte an den Pfarrgemeinderat, noch einmal über einen Seligsprechungsantrag nachzudenken.

Manfred Neupfleger, Sprecher des Werdenfelser Bündnisses gegen Rechtsextremismus, hält es allerdings für »viel wichtiger, dass die Kommune Murnau die Mittelschule nach Probst benennt«.

–ele-

Die Stadt Sulzbach-Rosenberg unterm Hakenkreuz

Aufklärung über Ehrenbürger Flick

Für vier Wochen verzichteten die politisch Verantwortlichen in Sulzbach-Rosenberg auf ihren großen Rathaussaal, um sich mit der Nazi-Zeit in ihrer Stadt auseinanderzusetzen. Die Wahl des Ortes zugunsten der Aufklärung ist ein Novum in Ostbayern. »Sulzbach-Rosenberg unterm Hakenkreuz – NS-Zwangsarbeit im ländlichen Raum« hieß die Ausstellung, die auf 116 Schautafeln dokumentierte, wie es damals war, als tausende Sklavenarbeiter aus 17 Nationen in der Stadt schuften mussten. Vor allem für Friedrich Flick, den größten Arbeitgeber, Kriegsverbrecher und Ehrenbürger der Stadt.

Es war nicht zum ersten Mal, dass sich die vor drei Jahren gegründete Projektgruppe »Zwangsarbeit« um den Berliner Journalisten Chris Humbs die Causa Flick und die Nazi-Zeit im ländlichen Raum auf die Tagesordnung gesetzt hatte.

Meist zum Verdruss konservativer Kommunalpolitiker und Bürger, die in Treue fest zum »guten Patron« Friedrich Flick stehen und bis heute nicht bereit sind, ihr Bild vom Wohltäter zu revidieren. Obwohl die Pilotausstellung vor über zwei Jahren in der »Hüttenschänke« in Maxhütte-Haidhof eindrucksvoll belegte, wie Flick von der Sklavenarbeit der 1400 Zwangsarbeiter im Eisenwerk Maxhütte profitierte.

Aber auch einfache Bürger, Handwerksbetriebe oder Bauern profitierten vom NS-System der Zwangsarbeit. Eine nachhaltige Aufklärung über die NS-Zeit wie über den Kriegsverbrecher Flick gab es in der Oberpfalz jedoch nie, so dass auch in der Kreisstadt Schwandorf noch 1973 eine Straße nach dem Industriellen benannt wurde. Auch hier wurde eine Ausstellung über die Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit Belegen aus den örtlichen Archiven erarbeitet. Etliche tausend Menschen, Schulklassen und Interessengruppen nahmen sie zur Kenntnis. Doch dabei blieb es dann auch. Mehrheitlich blieben die Stadträte in Maxhütte-Haidhof, Teublitz und Schwandorf bei ihrem Bekenntnis zum Kriegsverbrecher Flick und den nach ihm benannten Straßen.

Hoffnung, dass sich in Sulzbach-Rosenberg diesmal das Blatt wendet und Kommunalpolitiker wie Bürgerschaft zu einer neuen Haltung zu ihrem »Ehrenbürger« finden, gibt es gleichwohl. Zum ersten Mal öffnete sich der große Rathaussaal der Stadt für das Thema NS-Zwangsarbeit – und vielstimmig äußerten sich Bürger der Stadt zur Revision ihres Flick-Bildes.

Voran die Jugendlichen der Walter-Höllerer-Realschule, die gemeinsam mit Jugendlichen im tschechischen Hoýsov Dokumentationen zur Erinnerungskultur erarbeiteten. Wie es weitergehen könnte (und dass das Friedrich-Flick-Stadion vielleicht schon zu lang diesen Namen trägt) wurde auch bei einer Podiumsdiskussion zur Ausstellung deutlich.

Seit vier Jahren gibt es in Sulzbach-Rosenberg eine Plattform gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit, der SPD-Stadträte ebenso angehören wie die oftmals ausgegrenzte Antifa-Jugend. Organisierte Neonazis konnten sich vielleicht auch deshalb bisher in dieser Stadt nicht breit machen.

Einen »Nachholbedarf« bei der Widmung von Straßennamen für Widerstandkämpfer stellte DGB-Kreisvorsitzender Wolfgang Berndt fest, der sich gleichzeitig dafür stark machte, dass die Ausstellung »Sulzbach-Rosenberg unterm Hakenkreuz« einen bleibenden Platz in einem künftigen Museum für Industriekultur der Region erhält.

Waltraud Bierwirth



Ausstellung im Rathaussaal: Sulzach-Rosenberg erinnert an NS-Zwangsarbeit

Wir gratulieren…

… natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer *»antifa«* sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Juli

Anne Fischbach, München, 81 Jahre; Luise Gutmann, Lappersdorf, 65 Jahre; Clara Schubert-Bös, München, 65 Jahre; Beate Bartl, Freising, 60 Jahre; Kurt Idrizovic, Augsburg, 60 Jahre; Karl-Heinz Zipfel, Ingolstadt, 60 Jahre.

August

Hilde Faul-Gerber, Nürnberg, 97 Jahre; Erich Schreier, Röthenbach, 83 Jahre; Dagmar Giebel, Nürnberg, 81 Jahre; Else Höllenreiner, Mettenheim, 75 Jahre; Christa Willmitzer, München, 65 Jahre; Gerhard Wild, Augsburg, 60 Jahre.

Spenden für die VVN-BdA Bayern

Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Postbank München, 10532-807, BLZ 700 100 80

Wichtiger Hinweis: Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen!

Redaktion: Ernst Antoni VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464,

Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

VVN-BdA NRW beschloss Brief an die neuen Landtagsabgeordneten

Forderungen zur Landtagsarbeit – aber auch Vorschläge an die Außerparlamentarischen

Die VVN-BdA, Landesvereinigung NRW, als älteste, größte und politisch aktive Organisation antifaschistischer Widerstandskämpfer/innen, wandte sich im Vorfeld der Landtagswahl NRW im MAi 2012 mit einigen für sie elementaren Fragen an die kandidierenden Parteien. Diese »Wahlprüfsteine« wurden von FDP, Grünen, Linken, Piraten und SPD beantwortet und die Antworten wie auch die Vorstellungen der VVN-BdA wurden unter www.nrw.vvn-bda.de veröffentlicht. Auf seiner Juni-Tagung hat der Landesausschuss der VVN-BdA diese Aktion ausgewertet und sich mit einem Schreiben an die gewählten Landtagsabgeordneten gewandt. Darin heißt es:

»Wir gratulieren Ihnen zu Ihrer Wahl. Wir bitten Sie, folgende Vorschläge und Forderungen der Antifaschisten und Antimilitaristen aufzugreifen, wie sie auch den Ihnen vorliegenden Wahlprüfsteinen zugrunde lagen.

1. Bitte unterstützen Sie die Forderung nach einem Verbot der neofaschistischen NPD. Die sofortige Abschaltung aller V-Leute (Vertrauensleute) des Verfassungsschutzes in den Führungsebenen sind ein Gebot der Stunde.

2. Treten Sie mit uns für die sofortige Auflösung aller Nachfolge- und Tarnorganisationen der NSDAP auf der Grundlage des Artikel 139 Grundgesetz ein. Artikel 5, Absatz 1 des Grundgesetzes schließt nicht das Recht auf Verbreitung neofaschistischer und rassistischer Propaganda ein. Es ist mit dem gesetzlichen Volksverhetzungsverbot nicht vereinbar, dass Justiz- und Polizeiorgane gewaltsam neofaschistische Aufmärsche gegen den erklärten Willen der Bevölkerungsmehrheit durchsetzen.

3. Bitte weisen Sie die in einer Broschüre des NRW-Innenministeriums/Verfassungsschutz verbreitete Auffassung, dass die Losung »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!« eine Aufforderung zum Gesetzesbruch darstellt, zurück. In der Broschüre, herausgegeben von Innenminister Jäger, wird den Nazis das Recht auf ihre Hetze zugesprochen und den Demokraten ihre Kernaussage »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!« faktisch untersagt.

4. Wirken Sie bitte als Partei dafür, dass die Forderung nach Vergesellschaftung von Großunternehmen (Art. 27 der Verfassung von NRW), die ihre Macht missbrauchen, verwirklicht wird.

5. Setzen Sie sich bitte dafür ein, dass auf der Grundlage von Artikel 26, Absatz 1 des Grundgesetzes die Auslandseinsätze der Bundeswehr als grundgesetzwidrig beendet werden. Verlangen Sie den Abzug der NATO aus NRW, so zum Beispiel aus Kalkar, wo in diesem Jahr eine Leitstelle für die weltweiten Luftkriege der NATO geschaffen wurde.

6. Verlangen Sie auf Grundlage von Artikel 26, Absatz 2 und gestützt auf das Kriegswaffenkontrollgesetz die Beendigung des Waffenexports deutscher Rüstungskonzerne (insbesondere in Spannungsgebiete). Fallen Sie der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung mit den Rüstungsgütern der NRW-Konzerne wie Rheinmetall und ThyssenKrupp in den Arm. Lassen Sie in NRW keine neue Runde der Hochrüstung zu, wie sie in der Drohnenproduktion von Rheinmetall zum Ausdruck kommt.

7. Beenden Sie die Zivil-Militärische Zusammenarbeit in NRW und verweigern sie den Bundeswehrkommandos den Zutritt zu den Rathäusern und Landratsämtern.

8. Kündigen Sie die Zusammenarbeit der Bundeswehr und der Bildungseinrichtungen in NRW auf. Wir fordern: Kein Werben fürs Sterben und Töten in den Schulen und Hochschulen, auch nicht mit Hilfe der Meldebehörden im Land.

Wir wünschen Ihnen in ihrer Arbeit für die Menschen im Lande eine glückliche Hand. Gern würden wir mit Ihnen über unsere Vorschläge und Anregungen sprechen und hoffen auf eine Antwort Ihrerseits«.

Ulrike Düwel / Falk Mikosch / Jochen Vogler (Landessprecher/innen), Jürgen Schuh (Geschäftsführer)

Dank an die Partei DIE LINKE

Der Landesausschuss beschloss, auch die Zusammenarbeit mit der Partei DIE LINKE fortzusetzen, auch wenn diese nun nicht mehr im Landtag vertreten ist. In einem Schreiben an den Landesparteitag dankte die VVN-BdA für die Arbeit der LINKEN, besonders auf diesen Gebieten:

- keine Anwendung der Extremismusklausel in NRW.
- Einstellung von Mitteln im Haushalt 2011 für zwei Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt.
- Abschaltung der V-Leute bei der NPD.
- Durch eine große Anfrage zum Thema Neofaschismus/Rechtsextremismus in NRW erfolgte ein öffentlich zugänglicher, umfangreicher Überblick über die Anzahl der Straftaten der rechten Szene.

Die LINKEN wie alle anderen demokratischen außerparlamentarischen Kräfte werden aufgerufen, am 3. Oktober in Kalkar/Niederrhein gegen den neuen NATO-Stützpunkt zur Führung großer Raketen- und Luftoperationen zu protestieren.

Antikriegstag in Dortmund

Bereits am 1. September gilt es, in Dortmund gegen die »Nationale Antikriegstags«-Provokation der Nazis zu demonstrieren und mit dem DGB massenhaft für Frieden, Demokratie und gegen die Braunen einzutreten.

In fünf Sternmärschen geht es zur DGB-Kundgebung am Nordausgang des Hauptbahnhofs. Die VVV-BdA ruft dazu auf. Sie trifft sich ab 10 Uhr zur ganztägigen Mahnwache vor der Gedenkstätte »Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945«, dem ehemaligen Gestapo-Gefängnis an der Steinstraße/Nordausgang des Hauptbahnhofes.

Die VVN-BdA ruft auf zu den Aktionen gegen die Nazis, die in der ganzen Woche vor dem 1. September an der Katharinentreppe am Südausgang des Hauptbahnhofes stattfinden, ferner zu den Aktionen von Dortmund stellt sich quer, Dortmund nazifrei, Bündnis Dortmund gegen Rechts und zu den Aktionen des Antifacamps. (Orte und Uhrzeit siehe www.nrw.vvn-bda.de)

Stadt Lüdenscheid spart Erkenntnisse über Zwangsarbeiter/innen aus

Stadt verzögert Nutzung von Opfer-Biographien

Als Leiter des Stadtarchivs Lüdenscheid erreichte ich seinerzeit in meiner Eigenschaft als Geschäftsführer des Heimatvereins Lüdenscheid, dass dieser im Stadtarchiv Lüdenscheid eine Forschungsstelle Zwangsarbeit einrichtete. Es sollten die Schicksale der Frauen und Männer erforscht und dauerhaft dokumentiert werden, die in der Stadt Lüdenscheid und im ehemaligen Amt Lüdenscheid in der Zeit von 1939-1945, während des Zweiten Weltkrieges, Zwangsarbeit verrichten mussten.
Diese Forschungen sollten gleichfalls als Grundlage dazu dienen, damit diesen geschundenen Menschen der amtliche Nachweis erbracht werden konnte, damit diese eine von der »Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft« zu leistende »Entschädigung« erhalten konnten, obwohl deren Leiden nicht zu »entschädigen« ist.







Die Forschungsergebnisse des Heimatvereins Lüdenscheid, die NS-Zeit betreffend, sind sie diesem nun peinlich? Jedenfalls wird die Datenbank zur Zwangsarbeit in Lüdenscheid, die 2002 fertig gestellt wurde, entgegen den Ankündigungen noch immer nicht im Museum der Stadt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Ansonsten hat die Museumslandschaft Lüdenscheids viel zu bieten: Ein neues Museum »Siku-Modellwelt« mit der größten Spielzeugautoschau der Welt eröffnete in diesen Tagen. Und im Museum der Stadt wurde vor einem Jahr die Sonderausstellung »HARIBO im Wandel der Zeit« gezeigt. Doch die Marke Siku der Firma Sieper wie auch HARIBO (»macht Kinder froh«) hat auch eine finstere unbekannte Vergangenheit. Sie wurden durch Zwangsarbeit reich. Das soll offenbar nicht herauskommen.

Bilder: HARBO , Siiku, WAZ

Der Dortmunder Journalist und Publizist Ulrich Sander, Aktivist der VVN-BdA, konnte für die Forschungsstelle gewonnen werden. Von Mai 2000 bis Dezember 2001 wurde er im Rathaus tätig.

Es war ein in Deutschland einzigartiges Projekt. Ulrich Sander wertete die im Stadtarchiv Lüdenscheid vorhandenen Einwohnermelderegister aus, ebenso die im Stadtarchiv Lüdenscheid vorliegenden Akten des Städtischen Krankenhauses und andere Unterlagen, auch aus Firmen. Von insgesamt 7.462 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern konnte Sander Kurzbiographien erstellen.

Das durchschnittliche Alter betrug am Tag der Ankunft 23 Jahre, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer belief sich auf 23 Monate. Dank der Forschungen von Sander, die elektronisch vorlagen, konnten vom Stadtarchiv Lüdenscheid schnell und problemlos die erbetenen Zwangsarbeitsnachweise ausgestellt werden.

Ulrich Sander notierte am 19. Dezember 2001: »Die Dokumentation, die im Rahmen des Projektes ›Forschungsarbeit Zwangsarbeit‹ des Heimatvereins Lüdenscheid geschaffen wurde, soll als Datenbank für wissenschaftliche Zwecke im Rathaus und im Museum, aber auch extern einsehbar sein bzw. wissenschaftlichen Einrichtungen zur Verfügung stehen. Und schließlich soll sie der Erinnerung an Menschen dienen, die zeitweise in unserer Mitte und in unserer Heimat lebten, denen wir Deutsche Unrecht angetan haben und in deren Schuld wir stehen, denn sie haben unter schwersten Bedingungen Werte geschaffen und bewahrt, die nicht unerheblich den wirtschaftlichen Aufstieg nach 1945 positiv mit beeinflusst haben.«

Umgang mit dem Forschungsergebnis ist skandalös

Die Museen der Stadt Lüdenscheid zeigten am Schicksal der Zwangsarbeiter/innen zunächst durchaus Interesse, wie aus einem Brief von Sander vom Juni 2001 an nachfragende ehemalige Zwangsarbeiter/innen hervorgeht. »Der Leiter der Lüdenscheider Museen, Herr Dr. Trox, hat noch eine besondere Bitte an Sie. Er möchte mit dem Museum Lüdenscheids auch das Andenken an Sie und Ihre Kameradinnen und Kameraden wach halten. Deshalb sucht er Gegenstände, die an Ihre schwere Zeit in Deutschland erinnern und die im Museum ausgestellt bzw. aufbewahrt werden sollen.«

Auch der Deutsche Städtetag teilte seinen Mitgliedsstädten in einem Schnellbrief vom 30. Juli 2000 mit: »Die Städte sollten in den Bemühungen um eine Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit aus der ortsgeschichtlichen Perspektive nicht nachlassen, weiterhin Erinnerungs- und Bildungsarbeit leisten und mit Besuchsprogrammen für Zwangsarbeiter nach dem Vorbild von Städten, die derartige Programme entwickelt und durchgeführt haben, zur Versöhnung beizutragen versuchen. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten können die Städte in Einzelfällen sicher auch humanitäre Hilfe leisten.«

Die elektronisch abgespeicherte Zwangsarbeiter-Datenbank wurde im Januar 2002 vom Heimatverein Lüdenscheid an die Museen der Stadt Lüdenscheid weitergeleitet. Sie sollte zum Zwecke der Erinnerungs- und Bildungsarbeit aufbereitet werden. Und was ist nach mehr als 10 Jahren mit dieser Datenbank geschehen? Nichts!

Anregungen, Anfragen und Eingaben Dieter Saals führten leider zu einer Antwort wie dieser von Dr. Dietmar Simon, Vorsitzender des Geschichts- und Heimatvereins Lüdenscheid (GHV), der am 3. Mai 2012 wie folgt »abschließend Stellung« nahm: »... so dass der Vorstand des GHV schon vor längerer Zeit beschlossen hat, nicht mehr auf Anfragen, Anregungen und Eingaben Deinerseits zu reagieren...«

Ich stelle fest: Das Verhalten des GHV Lüdenscheid, aber auch der Museen der Stadt Lüdenscheid ist skandalös und im Blick auf das Schicksal der Zwangsarbeiter/innen eine eklatante Missachtung ihrer Menschenwürde.

Von Dieter Saal



Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW
Gathe 55,
42107 Wuppertal,
Telefon: 0202 / 45 06 29
E-mail: nrw@vvn-bda.de
www.nrw.vvn-bda.de

Unser Spendenkonto:
Postbank Essen,
Konto 28 212-435,
BLZ 360 100 43

Die vergessenen polnischen Befreier/innen zu Gast bei der Berliner VVN-BdA

Bewegende deutsch-polnische Begegnungen

Es sind die Erfahrungen von entgegengebrachtem Humanismus und Solidarität, persönlicher zwischenmenschlicher Erfahrungen, welche Menschen befähigt haben, die unvorstellbaren Gräuel und Verwerfungen des 20. Jahrhunderts zu überstehen und einen gesellschaftlichen Neuanfang nach dem Sieg über den deutschen Faschismus zu wagen.

Die Berliner VVN-BdA wollte anlässlich des 67. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus an jene Polen erinnern, die bereit waren, ihre Jugend und ihr Leben für die Bewahrung der Menschlichkeit zu opfern. Vom 7. bis zum 9. Mai 2012 besuchten zehn ehemalige polnische Soldatinnen und Soldaten der 1. Polnischen Armee, Partisanen und Widerstandskämpfer auf Einladung der Berliner VVN-BdA die deutsche Hauptstadt.

Zum Programm gehörten Presse- und Zeitzeugengespräche, der Besuch des Bundestages, ein Empfang im Berliner Abgeordnetenhaus, die Teilnahme an der Kranzniederlegung am Denkmal des polnischen Soldaten und deutschen Antifaschisten in Berlin-Friedrichshain am 8. Mai und die gemeinsame Feier zum Tag des Sieges am 9. Mai im Treptower Park – ein seit einigen Jahren von jungen Antifaschistinnen und Antifaschisten in und mit der Berliner VVN-BdA veranstaltetes Fest, an dem auch viele Berliner russisch/sowjetischer Herkunft gern teilnehmen.

Man merkte es den polnischen Veteranen/Veteraninnen an: Sie waren berührt von dem Empfang in der Stadt, in der einige von ihnen im April/Mai 1945 gekämpft hatten.

Nun kehrten sie an jenen Ort zurück, von wo der deutsche Faschismus die gesamte Menschheit bedrohte und wo sie ihn schließlich zu zerschlagen halfen.



Volkmar Harnisch (l.) und Hans Coppi (r.) bei der Kranzniederlegung am Denkmal des polnischen Soldaten und deutschen Antifaschisten in Berlin am 8. Mai 2012, dahinter die Mitglieder der polnischen Delegation und der Berliner VVN-BdA *Andreas Domma, www.andreas-domma.de*



Die Delegation der polnischen Kombattantinnen und Kombattanten gemeinsam mit Kameradinnen und Kameraden der Berliner VVN-BdA vor dem Denkmal des polnischen Soldaten und deutschen Antifaschisten im Anschluss an die Kranzniederlegung am 8. Mai 2012
Andreas Domma, www.andreas-domma.de

Kampf um Berlin

Soldaten wie Józef Kolenicki von der 5. Schweren Artillerie-Brigade der 1. Polnischen Armee war es zu verdanken, dass ein Durchbrechen der Waffen-SS unter General Steiner vom Norden her nach Berlin unmöglich gemacht wurde. Henryk L. Kalinowski vom 6. Brückenlege-Bataillon war als einer der ersten polnischen Soldaten in Berlin.

Er baute eine Eisenbahnbrücke am Bahnhof Jungfernheide und Brücken über die Spree, damit die 2. Sowjetische Garde-Armee ins Stadtzentrum vorrücken konnte. Ihm folgten dann die Füsiliere der 1. Kościuszko-Division. So kämpfte Eugeniusz Skrzypek an der March-Brücke zwischen Einsteinufer (damals Charlottenburger Ufer) und Salzufer, um die hart umkämpfte Technische Universität einzunehmen.

Dort kam es auch in der Nacht vom 1. zum 2. Mai 1945 zur Vereinigung der 1. Belorussischen mit der 1. Ukrainischen Front. Neben ihm kämpften bei der Befreiung des S-Bhf. Tiergarten auch Józef Czerwiski, Lech Tryuk und Henryk L. Kalinowski.

Hass oder Ressentiments gegenüber jungen und älteren Deutschen, die das Gespräch mit ihnen suchten, empfand keiner von ihnen. Die polnischen Gäste waren vielmehr überrascht, dass an den Jahrestag des Sieges am 9. Mai gerade hier in Berlin so feierlich erinnert wird, während dieser Tag in Polen seit 1989 zusehends in Vergessenheit gerät.

Versöhnungsmedaille

Am 8. Mai ehrten am Denkmal des polnischen Soldaten und deutschen Antifaschisten der Vorsitzende der Vereinigung ZKRPiBWP und ehemalige Partisan der Bauern-Bataillone (BCh) Henryk Strzelecki sowie Oberst Henryk L. Kalinowski den deutschen Antifaschisten Volkmar Harnisch mit der Komandoria Missio Reconciliationis (Versöhnungsmedaille).

Volkmar Harnisch, von den Nazis angeklagt wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Wehrkraftzersetzung, Feindbegünstigung und Rundfunkverbrechen, entkam dank seiner Minderjährigkeit knapp dem Todesurteil. Er hatte im Dorf gemeinsam mit Freunden eine antifaschistische Jugendgruppe gebildet und unter anderem versucht, Altersgenossen gegen den Krieg und gegen den Nazismus zu beeinflussen.

Die Gruppe wurde verraten. Was die Gestapo nicht herausgefunden hatte, war, dass er mit seinen kommunistischen Eltern in internationaler solidarischer Zusammenarbeit mit einem polnischen Zwangsarbeiter und französischen Kriegsgefangenen junge Zwangsarbeiterinnen aus der Sowjetunion mit Nahrung, z. T. auch mit Kleidung und alle zusammen mit Informationen über den Kriegsverlauf versorgte.

Außerdem hatte die Familie dazu beigetragen, sowjetischen Offizieren die Flucht zu ermöglichen, und sie hatte zwei sowjetischen Zwangsarbeiterinnen Unterschlupf gewährt. Die Biographien solch mutiger Menschen wie Volkmar, aber vor allem auch seiner tapferen Mutter, die selbst nach Verhaftung ihres Sohnes und ihres Ehemannes weiterhin Widerstand leistete, zeigen, dass eine antifaschistische Haltung auch in Deutschland möglich war.

Dass es möglich war, in den Zeiten des Völkermordes und der Nazibarbarei Mensch zu bleiben, belegt auch Lech Tryuk. Als seine Schwestern nach dem Warschauer Aufstand ins KZ Ravensbrück

Fortsetzung nächste Seite

BERLIN

Fortsetzung

verschleppt wurden, versorgte sie ein deutscher Arbeiter während ihres Zwangsarbeitereinsatzes illegal mit Essen.

Ein anderes Erlebnis schilderte Zofia Lipiec. Als Antoni, ihr Bruder, kurz vor der Überquerung der Oder durch einen Wirbelsäulenschuss verletzt wurde, schleppte ihn eine junge deutsche Frau aus dem Schützengraben nach Hause und pflegte ihn dort.

Die polnischen Soldatinnen und Soldaten machten bei den Zeitzeugen-Gesprächen der VVN-BdA, aber auch während des Besuches im Deutschen Bundestag auf Einladung des SPD-Abgeordneten Dietmar Nietan sowie beim Empfang im Berliner Abgeordnetenhaus durch die Linksfraktion deutlich, wie viel es ihnen bedeutet, heute das Nachbarland als Freunde zu besuchen. Viele von ihnen wurden nach dem Einmarsch der Roten Armee am 17. September 1939 zunächst nach Sibirien verschleppt, wo sie auch



Anna Szelewicz, Eugeniusz Skrzypek und Lech Tryuk beim Abschied, das Foto zeigt Anna Szelewicz als junge Soldatin in Uniform
Andreas Domma, www.andreas-domma.de



Adela Jaworowska, Anna Szelewicz und Zofia Lipiec beim Zeitzeugengespräch am 9. Mai in der Klasse 7 der Europaschule in Wilmersdorf
Andreas Domma, www.andreas-domma.de

Es ist vor allem der Humanismus, der jeden einzelnen dieser leidgeprüften Menschen befähigt hat, trotz der Massenmorde des Faschismus als Mensch zu bestehen.

Familienangehörige verloren. Die damals noch minderjährigen Frauen Adela Jaworowska und Zofia Lipiec traten bei Moskau dem Polnischen Frauen-Bataillon »Emilia Plater« bei und kämpften sich über die Schlacht bei Lenino bis Warschau als Soldatinnen durch. Anna Szelewicz, die ohne ihre Eltern nach Irkutsk verschleppt wurde, gelangte zur 2. Division der 1. Polnischen Armee.

Sie ging den langen Weg bis zur Elbe und nahm an der Befreiung des KZ Sachsenhausen teil. Auch Zofia Lipiec‘ Lebensweg zeigt, wie wichtig es war, den Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen. Sie erinnerte sich an die Leichenberge, die sie nach der Befreiung des KZ Majdanek sah. Umso mehr wuchs ihre Überzeugung, den Kampf so lange fortzusetzen, bis das Morden der Nazis endlich zu Ende sein würde.

Die Kriegserlebnisse dieser Menschen sind erschütternd. Józef Czerwiski war erst 15 Jahre alt, als er ansehen musste, wie mit den Faschisten verbündete ukrainische Nationalisten der OUN-UPA seine Familie ermordeten. Er kämpfte als Minderjähriger innerhalb der 27. Wolhynien-Division der Armia Krajowa (AK - Heimatarmee) in der Ukraine und brach später über die Ost-Front mit Hunderten anderer Soldaten der Armia Krajowa zur Polnischen Armee von General Zygmunt Berling durch.

Von dort setzte er seinen Kampf als Soldat der 1. Kościuszko-Division bis in den Berliner Tiergarten fort. Lech Tryuk kämpfte zur gleichen Zeit als 16-Jähriger im Warschauer Aufstand in der 104. Kompanie der Polnischen Syndikalisten innerhalb der Armia Krajowa, die früh wegen ihrer schwarz-roten Fahne Ärger mit den Feldjägern der AK bekam. Nach Niederschlagung des Aufstandes gelangte er über die Kanalisation (wie bereits ein Jahr zuvor aus dem Ghetto flüchtende Juden) in den Stadtteil Czerniaków. Mit zwei Kameraden durchschwamm er die Weichsel, um auf dem rechten Ufer zur 1. Polnischen Armee zu gelangen. Er gehört zu den wenigen noch lebenden Aufständischen der AK, welche die Landung der Kościuszko-Division in Czerniaków als ortskundige Wegweiser ermöglichten.

Geschichtsklitterung

Heute wird an die Hilfestellung der Polnischen Armee für den Warschauer Aufstand ungern erinnert. Dabei starben dort mehr als 3.500 Soldatinnen und Soldaten der 1. Kościuszko-Division. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die Vereinigung der Kombattantinnen und Kombattanten sich entschieden gegen jüngste Versuche wehrt, das Denkmal der „Waffenbrüderschaft“ im Warschauer Stadtteil Praga zu entfernen. Von dem Denkmal in Warschau fühlt sich die nationalkonservative Vereinigung POKiN in Krakau gestört. Zu ihren Mitgliedern gehören auch die Veteranen der Nationalen Streitkräfte (NSZ), die ehemals für einen polnischen Faschismus der ONR-Falanga kämpften. Ihr größter erinnerungspolitsicher Erfolg bleibt bislang, dass sie das Staatsfernsehen dazu veranlasst haben, die populäre Serie »Vier Panzersoldaten und Hund« nicht mehr auszustrahlen.

Vertreter des Landes, für das sie ihr Leben riskiert haben, lassen die nationalistische Geschichtsklitterung zu, dass die Soldatinnen und Soldaten der 1. und 2. Polnischen Armee oder Widerstandskämpfer der Armia Ludowa (AL) diffamiert werden und den einstigen Mördern linker Widerstandskämpfer und vom Holocaust geretteter Juden Denkmäler gesetzt werden. 2011 erklärte das polnische Parlament den 1. März zum »Nationalfeiertag für Soldaten des antikommunistischen Untergrunds«.

Kamil Majchrzak



Redaktion: Dr. Hans Coppi

Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin

Telefon: 030 / 29 78 41 78
Fax: 030 / 29 78 43 78

Internet:
http://berlin@vvn-bda.org
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Wir bitten um Spenden für den Berliner VVN-BdA!

Spendenkonto:
Postbank Berlin
Konto-Nr.: 315 904 105
BLZ: 100 100 10

Telefonate vor den Mordanschlägen / »Eine Mauer des Schweigens«

Verfassungsschutz im Zwielicht

Das Bagatellisieren und Ignorieren neofaschistischer Gewalt bis hin zur Quasi-Duldung gab (und gibt) es auch in Hessen. Es setzt sich bis heute fort im Verheimlichen und Verschleiern, wenn nicht gar Leugnen all dessen, was sich ereignet hat und was unterlassen wurde.

Nicht etwa infolge Aufklärung durch das zuständige Ministerium, sondern allein durch Medienrecherchen wurde bekannt, dass es im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit drei neonazistischen NSU-Mordtaten telefonische Kontakte zwischen einem Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzamtes und einem als V-Mann tätigen Neonazi gab.

Es handelt sich um denselben Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, der zur Zeit der Ermordung des Deutschtürken Halit Yozgat am Ort des Mordes, in dem Kasseler Internet-Cafe, angeblich aus »privaten« Gründen anwesend war.

Eben dieser VS-Mitarbeiter Andreas T., der in seiner Umgebung auch »Klein Adolf« genannt wurde, soll eine Stunde vor dem Mord den V-Mann »GP 389« angerufen und auch im zeitlichen Umfeld von zwei weiteren Morden mit ihm telefoniert haben. Das geht aus bislang geheim gehaltenen Unterlagen hervor.

Nähere Auskünfte und Aufklärung darüber wurden bislang verweigert, auch von Hessens Innenminister Boris Rhein (CDU). »Wir erleben bei den NSU-Morden eine Mauer des Schweigens«, konstatierte der innenpolitische Sprecher der hessischen Linkenfraktion, Hermann Schaus.

Auf Seiten der Opposition wird nunmehr auch in Hessen von der Notwendigkeit eines Untersuchungsausschusses gesprochen.

pewa

Ausstellung würdigt Menschen, die verfolgten Juden halfen

Mit Mut »gegen den Strom«

Bewegende Beispiele mutiger Haltungen und Handlungen von Menschen auch unter den schrecklichen Verhältnissen der Nazidiktatur zeigt die Ausstellung »Gegen den Strom« im Frankfurter Jüdischen Museum. Sie schildert Fälle von »Solidarität und Hilfe für verfolgte Juden in Frankfurt und Hessen«.

So lautet auch der Untertitel der Ausstellung.

Es waren Menschen, die aus unterschiedlichsten Motiven und Anlässen heraus menschlich handelten und Hilfe leisteten. Da gab es beispielsweise den Bäcker, der entgegen dem Verbot weiterhin Brot an Juden verkaufte oder den Bauer im Odenwald, der dem jüdischen Kaufmann Unterschlupf bot, was ihn allerdings das Leben kostete. Er wurde im KZ Dachau umgebracht.

Nach derzeitigem Stand der Forschung gab es in Hessen zwei- bis dreihundert Menschen, die sich mit kleinen und großen Handlungen im Alltag der Vernichtungspolitik der Nazis widersetzten und so »gegen den Strom« schwammen.

Museumsdirektor Raphael Gross würdigte bei der Ausstellungseröffnung ihr Tun als Beweis dafür, dass es auch unter den Bedingungen des Naziterrors die Möglichkeit des Widersetzens und des Widerstandes gab. Er wies gleichzeitig darauf hin, dass dieser Widerstand von einfachen Menschen in der Nachkriegsgesellschaft geradezu provozierend gewirkt habe, weil er bewiesen habe, dass ein entsprechendes Verhalten möglich war. Für Millionen Mitläufern, wenn nicht gar Mittätern sei das mehr als peinlich gewesen. So sei das Ganze auch sehr lange verdrängt und verschwiegen worden.

Den stillen Helden des Widerstandes im Alltag setzt die Ausstellung ein Denkmal. Sie ist in der Dependance des Frankfurter Jüdischen Museums, dem Museum Judengasse (Kurt-Schumacher-Straße 10), bis zum 14. Oktober täglich außer montags von 10.00 bis 17.00 Uhr (mittwochs bis 20.00 Uhr) zu sehen.

P.C.Walther

NPD will am 1.Mai marschieren

Für den 1.Mai des kommenden Jahres hat die NPD einen Aufmarsch in Frankfurt am Main angekündigt. Die Demonstration soll vor der Europäischen Zentralbank stattfinden. Als Redner angekündigt sind der stellvertretende Parteivorsitzende Udo Pastörs, der NPD-Landesvorsitzende Daniel Knebel und der Frankfurter NPD-Stadtverordnete Jörg Krebs, der auch Demo-Anmelder ist.

Neben der Provokation eines Neonazi-Aufmarsches am 1.Mai will die NPD mit ihren Parolen Kritik am Finanzkapitalismus und an der Finanz- und Krisenpolitik der EU in nationalistische Bahnen lenken.

»Keine Duldung«

Im Ortsbeirat von Frankfurt-Rödelheim, dem Parlament des Stadtteils, stellte die CDU einen Antrag, der sich gegen das »eigenmächtige« Anbringen von Anti-Rassismus-Schildern richtet, die von einer Bürgerinitiative angebracht wurden (siehe Bericht in der vorigen *antifa*).



Am Jahrestag der faschistischen Bücherverbrennung führte die Frankfurter VVN-BdA auch in diesem Jahr wieder eine öffentliche Lesung auf dem Römerberg, dem zentralen Platz am Frankfurter Rathaus, durch. Am selben Platz fand im Mai 1933 die Bücherverbrennung statt. Daran erinnert eine in den Boden eingelassene Gedenkplatte. Zu ihrer Installation hatte auch die entsprechende Forderung der Frankfurter VVN beigetragen.

Bild: Nissen

Eine »Duldung dieser Aktion« würde zum »Missbrauch« führen, weil dann »auch andere« Schilder beanspruchen könnten, heißt es in dem CDU-Antrag. Gegen die Stimme der LINKEN wurde er bei Stimmenthaltung von SPD und GRÜNEN angenommen.

pcw.

Redaktion: P. C. Walther
Landesverband der VVN-BdA Hessen,
Eckenheimer Landstraße 93,
60318 Frankfurt a. Main,
Telefon und Fax:
069 / 5 97 05 24,

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto:
VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Postbank Frankfurt
Kontonr. 49 330 - 602 , BLZ 500 100 60

Tag der Befreiung in Peine

Ein Lied löste Emotionen aus

Auch in diesem Jahr wurde im Peiner Herzberg des Tages der Befreiung mit 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in einem würdigen Rahmen gedacht. Hauptakteure waren Schülerinnen und Schüler der Bodenstedt-/Wilhelmschule, die ihre Gedanken zum Lied von Hannes Wader »Es ist an der Zeit« äußerten. »Das ist ein erschütterndes Lied, so können wir uns den Krieg vorstellen«, oder »Hier sieht man, dass im Krieg nicht einmal Liebe entstehen kann«, und »Jeder Soldat war jung, hatte Familie und wurde um seine Zukunft betrogen.« Ferner erinnerten sie an das Schicksal von drei Peinern, die in der Zeit des Faschismus ums Leben kamen.



Zuvor hatte die stellvertretende Landrätin Eva Schlaugat (SPD) in ihrer Rede betont: »Am 8. Mai 1945 wurden alle Deutschen vom menschenverachtenden System des NS-Regimes befreit. Am Ende des Krieges kam das Ausmaß des Verbrechens ins Bewusstsein. Wir haben eine neue Chance bekommen, und ich glaube, wir haben sie genutzt. Damit geht aber auch die Verpflichtung einher, dass wir uns immer für die Wahrung der Menschenrechte, des Friedens und der Freiheit einsetzen.»

Der Kreisvorsitzende der VVN-BdA Peter Baumeister hatte zuvor aus der berühmten Rede von Richard von Weizsäcker vom 8.5.1985 zitiert, in der zum ersten Mal ganz eindeutig von der Befreiung gesprochen und die Leistungen der Widerstandskämpfer gewürdigt wurden. Auch ging er auf die Ausführungen von Bundespräsident Gauck ein, der in Breda die Rolle der niederländischen Bevölkerung im Kampf gegen den Faschismus hervorhob. Baumeister forderte ein Verbot der NPD und bat um Unterschriften für die VVN-Aktion noNPD, wovon fleißig Gebrauch gemacht wurde. Musikalisch umrahmt wurde die gelungene Veranstaltung von Klaus Perger.

Zum Schluss legten die Vertreter des Landkreises, der Stadt, von Gewerkschaften und Parteien Kränze zum Gedenken nieder. ***P. Baumeister***

Volksfest des DGB und der VVN-BdA

Befreiungsfeier in Wennigsen

Zum nunmehr dritten Mal hatten die VVN-BdA und der DGB zu einem Befreiungsfest in Wennigsen eingeladen. Erstmals fand die Veranstaltung in diesem Jahr als Straßenfest statt. Zahlreiche Bürger dieser kleinen Stadt und auch eine größere Anzahl Besucher aus der Region Hannover gedachten der Opfer der Nazi-Herrschaft.

Die einhellige Meinung aller Redner brachte Mechthild Hartung von der VVN-BdA auf den Punkt: Sie hob die historische Verantwortung der Deutschen hervor, verfolgte Minderheiten zu schützen »Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg« rief sie unter lautem Applaus.

Zuvor hatten in ihren Ansprachen auch die Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Bad Nenndorf Marina Jalowaja und Vertreter der politischen Parteien den Schutz der Demokratie eingefordert.

Der Info-Bücherstand der VVN-BdA war sehr gut besucht und die an der Wand aufgehängte Bundes-Ausstellung fand regen Zuspruch. Wir konnten viele Unterschriften für ein NPD-Verbot einsammeln.

Nach einer Kranzniederlegung am Mahnmal für die Opfer von Faschismus und Krieg folgte ein Straßenfest mit Spielen für Kinder und Livemusik u.a. von der Gruppe Agitprop aus Hannover und der HipHop-Band »DurchDrauf«.

Die Organisatoren zogen eine positive Bilanz: »Es war ein friedliches Fest ohne Störungen von rechten Gruppen«. Auch die lokale Presse berichtete sehr positiv und ausführlich.

Jsti



Aufmarsch in Wolfsburg

Störungen angekündigt

Dieter R. hat für den 1. Juni 2013 einen Aufmarsch und mehrere Kundgebungen in Wolfsburg mit dem rassistischen Motto »5.Tag der deutschen Zukunft« angemeldet. Kommt so die Verwaltung der Stadt Wolfsburg mit möglichen 75-Jahr-Feiern und interkulturellem Fest auf allen Plätzen und Straßen der Stadt zu spät? Besonders hilfreich ist in diesem Zusammenhang allerdings, dass das Wolfsburger Integrationsreferat für 2013 die VVN-BdA-Ausstellung »Neofaschismus in Niedersachsen« für die Rathaushalle angefordert hatte.

Die VVN-BdA fordert in der Presse: »Der NPD-Aufmarsch muss politisch begründet untersagt werden! Wolfsburger Demokraten sollen erneut im ›Schulterschluss‹ beraten. Gegen die Bedrohung durch die NPD und ihre Umfeldkumpane muss grundlegend angegangen werden, nicht nur durch mehr oder weniger geschickte Verhinderungstaktiken der Stadtverwaltungen. Dazu gehören Aufklärung und ein Verbot der NPD und der anderen Nazi-Organisationen.«

Mechthild Hartung

Der 8. Mai in Göttingen

Kranzniederlegungen am Zwangsarbeiter-Denkmal

An der Gedenkveranstaltung der VVN-BdA Kreisvereinigung Göttingen am 8. Mai nahmen erfreulicherweise rund 50 Personen teil, wesentlich mehr als in den Vorjahren. Es wurden Gebinde der VVN-BdA Kreisvereinigung Göttingen, des ver.di Ortsvereins Göttingen sowie des Kreisverbandes der Linkspartei am Mahnmal niedergelegt. Thematischer Schwerpunkt der VVN-Rede war diesmal Griechenland. In seiner Rede wies der Vertreter der VVN-BdA Jan Steyer darauf hin, dass am 6. April 1941 die deutsche Wehrmacht Griechenland überfallen und das Land in einem dreiwöchigen »Blitzkrieg« nieder geworfen hatte.



Gedenktafel für die Göttinger Zwangsarbeiter

Weiter hieß es in der Rede: »Es folgte eine militärische Besatzungszeit, die über dreieinhalb Jahre bis zum 3. November 1944 andauerte. Jahre, die von Beginn an geprägt waren von der Anwendung systematischer Terrormaßnahmen und Gräueltaten gegen die griechische Bevölkerung. (...) Insgesamt kamen rund 15 Prozent der damaligen griechischen Bevölkerung unter der deutschen Besatzungspolitik ums Leben, darunter allein 58.000 Juden, die in Vernichtungslager deportiert und dort ermordet wurden. So wurden 83 Prozent der jüdischen Bevölkerung Griechenlands ausgelöscht. (...) Auf den Partisanenkrieg des griechischen Widerstands reagierten die Deutschen umgehend mit systematischen Gräueltaten gegen die Zivilbevölkerung.

Mindestens 130.000 griechische Zivilisten fielen sogenannten ›Vergeltungsaktionen‹ der deutschen Besatzungstruppen zum Opfer, hunderte von Dörfern wurden zerstört, tausende wurden als Geiseln erschossen oder starben in Gefängnissen und Konzentrationslagern. (...) Kalavrita, Distomo, Komeno, Saloniki ... die Liste griechischer Ortschaften, in denen Kriegsverbrechen deutscher Truppen stattfanden ist lang, sehr lang.«

Weiter wurde ausgeführt: »Die Bluttat der deutschen Truppen in Griechenland ist bis heute nicht gesühnt. Vor bundesdeutschen Gerichten wurde bis heute nicht ein einziger der Täter verurteilt. Die meisten Opfer wurden niemals entschädigt. Die bundesdeutschen Nachkriegsregierungen taten alles, um die Kriegsverbrecher vor strafrechtlicher Verfolgung zu schützen, denn die ehemaligen Wehrmachtsoldaten wurden ab 1956 zum Aufbau der Bundeswehr gebraucht.

Im April 1956 übergab eine Delegation des griechischen Büros für Kriegsverbrechen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesjustizministerium 167 Akten über 641 Kriegsverbrecher. Das Bundesjustizministerium stellte jedoch umgehend klar, dass es kein Interesse an einer Aufklärung oder Strafverfolgung habe. Gleichzeitig widersetzte sich die Bundesrepublik vehement den griechischen Forderungen nach Entschädigungsleistungen. Bis heute behauptet die Bundesregierung, mit einer einmaligen, sog. ›freiwilligen Zahlung‹ von 115 Mio. DM im Jahr 1961 sei alles erledigt. (...) Die Erinnerung an die Schreckensherrschaft der faschistischen Besatzungstruppen ist auch nach über 60 Jahren in Griechenland lebendig geblieben, hat doch fast jede Familie ein Opfer zu beklagen. Die griechischen Opfer der Massaker und ihre Familien haben bis heute keinerlei Entschädigung vom deutschen Staat erhalten.

Sie fordern von der deutschen Regierung die Anerkennung der Verbrechen und eine angemessene Entschädigungsleistung. (...) Wir sprechen heute am 8. Mai 2012 den Soldatinnen und Soldaten der Anti-Nazi-Koalition, den Partisaneneinheiten und all denjenigen, die in ganz unterschiedlicher Form Widerstand gegen den deutschen Faschismus geleistet haben und damit zu seiner endgültigen Niederlage 1945 beitrugen, unseren Dank aus.

Gedenken wollen wir hier am Mahnmal der Göttinger Zwangsarbeiter aber auch all denjenigen, die von den Nazis in Lager und Gefängnisse gesperrt wurden. Viele von ihnen hatten ihren Tag der Befreiung nicht mehr erleben können.

Wir gedenken all derjenigen, die der deutschen Besatzungspolitik und deutschen Kriegsverbrechen zum Opfer fielen.

Wir gedenken den Millionen Opfern der Shoa. Wir gedenken all denen, die aus rassistischen oder weltanschaulichen Gründen von selbsternannten deutschen ›Herrenmenschen‹ ermordet wurden.

Allein 27 Mio. Sowjetbürger und 6 Mio. Polen fielen dem deutschen Vernichtungskrieg zum Opfer. Mehr als sechs Mio. Jüdinnen und Juden und über 500.000 Sinti und Roma wurden von den Nazis bestialisch ermordet.

Der Schwur von Buchenwald, den im April 1945 die KZ-Überlebenden nach ihrer Selbstbefreiung leisteten, ist auch heute noch unsere Richtschnur: Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.«

An diesem Mahnmal an der Lokhalle Göttingen fand auch am 1. Juni-Wochenende anlässlich des Bundesparteitags der Linkspartei eine Ehrung für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter statt.

Der Gedenkstein aus schwarzem, schwedischen Granit war am 17. Mai 2003 zum Gedenken an die von den Nazis aus Ihrer Heimat verschleppten Menschen, die von 1939-1945 in Göttingen Zwangsarbeit leisten mussten, aufgestellt und im Beisein ehemaliger Göttinger Zwangsarbeiterinnen aus der Ukraine eingeweiht worden. In der Lokhalle befand sich das Reichsbahnausbesserungswerk, Haupteinsatzort der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Göttingen. Die Aufstellung des Steins geht auf einen einstimmigen Beschluss des Rates der Stadt Göttingen vom 7. Dezember 2001 zurück.

VVN-BdA Göttingen

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für die *antifa* **bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an**
mtb-niedersachsen@vvn-bda.de
VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V.
Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover BLZ 250 100 30 sehr freuen.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit, Danke!

Redaktion: Michael Rose-Gille

Festveranstaltung

65. Jahrestag der VVN in Dresden

Unser Landesvorstand lud Mitte Juni 2012 zu einer Festveranstaltung zum 65. Jahrestages der VVN ein. Von allen Basisorganisationen waren unsere Kameraden anwesend. Besonders herzlich konnte Regina Elsner, erste Landessprecherin, unsere beiden Ehrenvorsitzenden, Hans Lauter und Frido Seydewitz, willkommen heißen. Als Gäste waren Vertreter der Landesregierung, des Landtages, der Stadt Dresden und der Oberbürgermeister von Radebeul, Herr Wendsche, der Einladung gefolgt. Die Festansprache hielt die Alterspräsidentin des Sächsischen Landtages, Edith Franke.



Dörte Dreger, Sandra Naria Huimann, Holger Uwe Tews und Mario Grünewald (v.l.n.r.) spielten eindrucksvoll Szenen nach dem »Tagebuch der Anne Frank«.

Es war eine sehr persönlich gehaltene Rede. Erzogen im antifaschistischen Sinne, ist es für sie von großer Wichtigkeit, die Wirkung unseres Verbandes stets zu unterstützen. Sie mahnte auch an, noch aktiver die Arbeit mit und unter der jungen Generation zu gestalten. Grußworte überbrachte auch Karl-Heinz Gerstenberg, Parlamentarischer Geschäftsführer von Bündnis 90/ Grüne im Landtag. Ausgehend vom Schwur von Buchenwald sagte er, dass unser Verband gerade jetzt von besonderer Wichtigkeit ist. Über Parteiengrenzen, unterschiedlichen politischen Auffassungen und Konfes-sionen hinweg gilt es, den Neofaschismus gemeinsam zu bekämpfen. Er forderte auf, endlich die unverständlichen Vorurteile und Ausgrenzungen unseres Verbandes zu beenden.

Die Politik ist hier gefordert. Der Kampf gegen den Faschismus geht nur gemeinsam mit unserem Verband. Angemessen zur Festveranstaltung, wurde durch die Landesbühnen Sachsen das »Anne-Frank-Projekt« aufgeführt. Es ist keine Aufführung zum gewohnten Theater. Es wird gezeigt, was Anne Frank bewog, ein Tagebuch zu schreiben. Die Probleme der acht, auf engstem Raum versteckten Personen, die Angst doch entdeckt zu werden, die erste Jugendliebe, verbunden mit der großen Hoffnung für ihr weiteres Leben, werden in Szenen dargestellt. Schließlich die Zerstörung eines hoff-nungsvollen Lebens durch ihren Tod im KZ Bergen-Belsen. Es war eine gelungene, optimistische aber auch nachdenkliche Veranstaltung.

Roland Hering – Radebe

Nachdenkliches aus Dresden

Der 8. Mai gehört in der Bundesrepublik Deutschland als »Tag der Befreiung« spätestens seit der legendären Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäckers am 8.Mai 1985 zum Kernbestand politischer Erinnerungskultur.

In Dresden bieten sich zwei Gedenkorte dafür förmlich an: das Denkmal für die Gefallenen der Roten Armee Stauffenbergallee / Hans-Oster-Straße und der Sowjetische Garnisonsfriedhof in der Marienallee. Seit Jahren wird das Gedenken an diesen Orten vor allem vom Deutsch-Russischen Kulturinstitut, der Kriegsgräberfürsorge und linken Kräften und Persönlichkeiten organisiert.

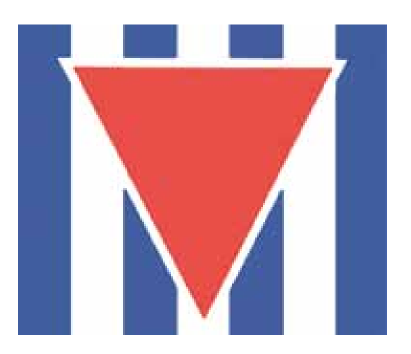
2012 ging eine wichtige Initiative vom Stadtvorstand der Partei DIE LINKE aus.Unbefriedigend ist, dass der »Tag der Befreiung« im Gedenkkalender der Stadt Dresden bisher keine oder nur eine sehr unbedeutende Rolle zu spielen scheint.

Unsere Meinung ist: Eben weil es an diesem Tag um so etwas Bedeutendes geht, gebührt die erste Stelle beim Aufruf zum Gedenken unserer Oberbürgermeisterin und den im Stadtparlament vertretenen politischen Parteien.

Unsere Stadtorganisation des VVN-BdA wird sich nach Kräften gern in die vorbereitenden Debatten und die praktische Arbeit für 2013 einbringen.

Erhard Druschke – Dresden

V. i. S. d. P.: Peter Giersich
Redaktion: Landesvorstand Sachsen
Zuschriften bitte an
VVN-BdA Sachsen
Wettiner Platz 10
01067 Dresden
E-mail:
vvn-bda-sachsen@t-online.de



Wir waren dabei



Gemeinsam mit Gleichgesinnten aus Deutschland und der ganzen Welt gedachten Kameraden des VVN-BdA Annaberg am 10. Juni in Lidice der Opfer des faschistischen Massakers vor 70 Jahren.

Auch Bundespräsident Gauck hatte einen Kranz und eine Botschaft überbringen lassen.

Er selbst zog es jedoch vor, an diesem Tag ein Konzert in Dresden zu eröffnen.

Elke Grundig - Annaberg-Buchholz

Hamburg am 2. Juni – 20 000 gegen Nazis

Aktionen in der gesamten Stadt

Wie bekannt, hatte das Umfeld, das den NSU unterstützt hat, für den 2. Juni zu einer Demonstration unter dem volksverhetzenden Motto »Tag der deutschen Zukunft – Unser Signal gegen Überfremdung« aufgerufen. Diese Demonstration wurde durch einen Beschluss des Verwaltungsgerichts für Hamburg-Wandsbek genehmigt; unsere Bundesvorsitzende Conny Kerth leitete dort die daraufhin angemeldete zentrale Kundgebung des Hamburger Bündnisses gegen Rechts (HBgR).

Gegen die Naziprovokation hatte sich ein breiter zivilgesellschaftlicher Widerstand entwickelt, wie z.B. über 220 unterstützende Organisationen des HbgR, der Unterzeichner/innenkreis der Hamburger Erklärung und die Veranstaltung »Hamburg bekennt Farbe« auf dem Rathausmarkt.

Zwischen 6000 und 7000 Menschen nahmen an der Demonstration des HBgR in der Hamburger Innenstadt teil. Auf der einzigen Zwischenkundgebung am Stadthaus, in der Zeit des Faschismus Sitz der Gestapo-Leitstelle, wo die AG Neuengamme und die VVN-BdA den ganzen Vormittag über eine Mahnwache abgehalten hatten, hielt VVN-BdA-Sprecherin Traute Springer-Yakar eine Rede zur Bedeutung des Stadthauses (siehe Website der Hamburger VVN-BdA).

Die Veranstaltung »Hamburg bekennt Farbe« auf dem Rathausmarkt, wo übrigens unsere verehrte Kameradin Esther Bejarano ihre Rede hielt und anschließend von ihrem Sohn Joram auf der Gitarre begleitet mehrere Lieder vortrug, wurde von rund 10.000 Teilnehmern besucht, unter anderen von 2000 bis 3000, die aus der Demonstration des HBgR heraus auf den Rathausmarkt gingen.

An den Massenblockaden in Wandsbek, zu dem das HBgR aufgerufen hat, haben insgesamt etwas über 6.000 Personen teilgenommen. Die Massenblockaden waren durch eine Vielzahl von Blockade-Trainings gut vorbereitet worden und ließen sich von diesem Blockade-Konsens leiten: Wir leisten zivilen Ungehorsam gegen den Nazi-Aufmarsch. Von uns geht dabei keine Eskalation aus.

Der Aktionskonsens des HBgR wurde auf seinen Blockaden gelebt. Die Polizei selber hat sich nicht an ihre eigene Deeskalationsstrategie gehalten, die von Polizeivertretern in den Vorgesprächen angekündigt worden war, im Gegenteil: Nachdem wenige Menschen von einer Sitzblockaden weggetragen wurden, verging die Lust: Nun wurden Pfefferspray und Wasserwerfer eingesetzt, und die Reiterstaffel ritt in die Sitzenden direkt hinein.

Nachdem die ursprüngliche Route der Nazis durch viele tausend Menschen erfolgreich blockiert wurde, hat die Polizei den Nazis eine Ersatzroute angeboten. Spätestens hier wäre es möglich gewesen, den braunen Spuk zu beenden. Stattdessen entschied sich die Einsatzleitung der Polizei zu einem harten Vorgehen gegen drei auf der Ersatzroute befindliche Blockaden und setzte den Nazi-Aufmarsch unter Einsatz von Pfefferspray, Wasserwerfern und Schlagstöcken durch.

Bereits am Vormittag hatte die Polizei 300 bis 400 Menschen, die in Wandsbek gegen den Nazi-Aufmarsch aktiv werden wollten, bis zu fünf Stunden ohne etwas zu Trinken eingekesselt. Die Menschen mussten ihre Notdurft in Plastiktüten verrichten. Damit lebte der Mitte der 80er Jahre berühmt gewordene »Hamburger Kessel« wieder auf. »Unverständlich und völlig unfassbar ist es, dass Nazis marschieren dürfen und andererseits Demonstrierende und AntifaschistInnen stundenlang unter menschenunwürdigen und damit verfassungswidrigen Umständen eingekesselt werden«, so Olaf Harms vom HBgR.

tsy



Ehster Bejarano *Foto: Chodinski*



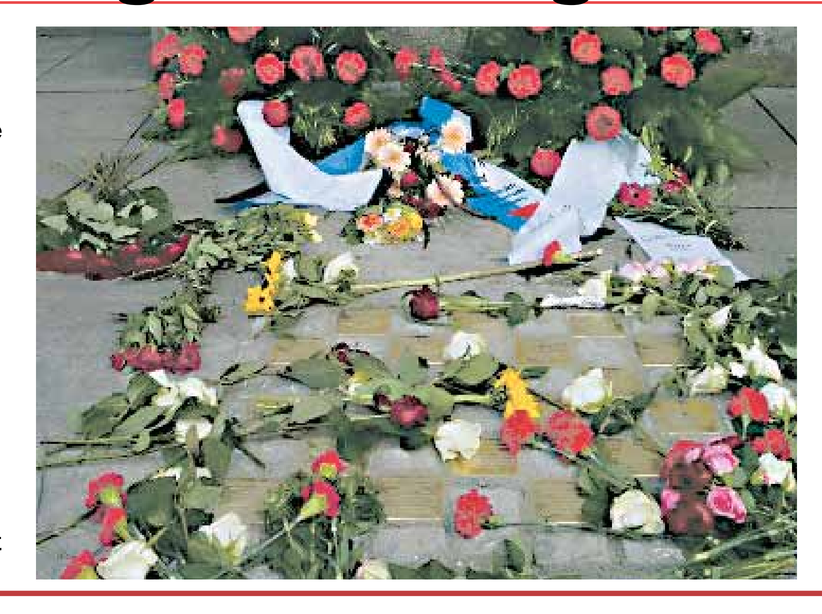
Am Mikrofon: Ruth Barriff

Foto Chodinski

20 Stolpersteine

Ermordete Bürgerschaftsabgeordnete geehrt

Am 8. Juni wurden vor dem Hamburger Rathaus in Anwesenheit des Künstlers Gunter Demnig 20 Stolpersteine für die Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten eingeweiht, die Opfer des Faschismus wurden. Die Hamburger Bürgerschaft hatte die Patenschaft für die Stolpersteine übernommen. Ärgerlich war nur, dass in den meisten Reden und in der aus diesem Anlass erschienenen Broschüre der Faschismus nicht beim Namen genannt wurde. Statt dessen sprach man von »Opfern totalitärer Verfolgung«. Gut, dass die zwanzig Toten sich das nicht mehr anhören konnten. *hjm*



20 Stolpersteine zur Ehrung ermordeter Hamburger Bürgeschaftsabgeordneter

Von Juli bis August:

Hamburger VVN-Termine

Juli

Sonntag, 15. Juli, 15 Uhr
Sommerliches Grillfest im und vor dem Landesbüro. Für Essen und Getränke ist gesorgt, wir nehmen aber gerne weitere Köstlichkeiten zum gemeinsamen Verzehr entgegen.
Ort: Landesbüro VVN-BdA HH, Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg

Dienstag, 17. Juli, 18 Uhr
80 Jahre Altonaer Blutsonntag – 80 Jahre antifaschistischer Widerstand.
Wir erinnern an diesem Tag an die damaligen Geschehnisse mit einem szenischen Stadtteilspaziergang und einer Abschlusskundgebung mit Musik und Film **ab 20 Uhr** im Walter- Möller-Park.
Ort: August-Lütgens-Park, Hospitalstr., Altona
Mobilisierungsveranstaltung dazu am 6. Juli, 20 Uhr im Antifa-Café, Hafenstraße 116.

21. Juli bis 5. August
Friedensfest Ohlsdorf
– Gedenktage für die Opfer des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus: Friedensfest statt Nazi-Aufmarsch. Das Gesamtprogramm siehe Veranstaltungsflyer und Internet.
Ort: Friedhof Ohlsdorf
– Mittelallee, Sammelgräber der Bombenopfer
Anfahrt von S Bahn Ohlsdorf – Ausgang Friedhof – mit der Buslinie 170 Richtung Maisredder

Sonntag, 22. Juli
Im Rahmen des Friedensfestes Ohlsdorf:
11 Uhr
Gedenken an Elsa Werner (15.2.1911 – 30.3.2012), anschließend Fahrt zu Ihrem Grab.
13 Uhr
Lesung zur Biographie der Hamburger Widerstandskämpferin Charlotte Groß, anschließend Gang zu ihrem Grab
Ort: Friedhof Ohlsdorf – Mittelallee. Anfahrt siehe vorne.

Sonnabend, 28. Juli 13 Uhr
Begin vor Ort: 14 Uhr (Bus-Abfahrt Bhf. Dammtor)
Rückfahrt um 21 Uhr
Sommerfest Heideruh mit leckerem Kuchen, Spitzen-Grillware, vielen Salaten, kulturelle Höhepunkten und weiteren Überraschungen.
Für die Busfahrt **Anmeldung** im Landesbüro unter Tel. 314254 oder per Mail vvn-bda.hh@t-online.de
Abfahrtsort: Shell-Tankstelle vor Bahnhof Dammtor (Moorweide)

Sonntag, 29. Juli, 17 Uhr
The truth lies in Rostock, 1993, Mark Saunders, S. Cleary, 78 min, August 1992, Rostock - Lichtenhagen.
Die Polizei schaut zu, als Faschisten die Zentrale Aufnahmestelle für Flüchtlinge (ZAST) und ein Wohnheim von vietnamesischen Vertragsarbeitern mit Molotowcocktails bombardieren. Eine Montage von Videomaterial, gedreht aus den angegriffenen Häusern heraus, Interviews mit Anti-FaschistInnen, den vietnamesischen VertragsarbeiterInnen, der Polizei, mit Bürokraten, Neonazis und Anwohnern.
Ort: Kommunales Kino Metropolis, Dammtorstraße / Ecke Kleine Theaterstr.

Mittwoch, 1. August, 17 Uhr
Gedenkveranstaltung zum »Altonaer Blutsonntag« in Erinnerung an die ermordeten Bruno Tesch, Karl Wolff, August Lütgens und Walter Möller
Ort: Hinterm Amtsgericht Altona (Eingang Gerichtsstraße).

Sonnabend, 4. August, 14 Uhr
Im Rahmen des Friedensfestes Ohlsdorf:
Vorstellung der Dokumentation von Ursel Hochmuth und Ulla Suhling: »Ehrenfeld der Geschwister-Scholl-Stiftung für Verfolgte der NS-Herrschaft auf dem Ohlsdorfer Friedhof«, danach Gang zum Ehrenfeld.
Ort: Friedhof Ohlsdorf – Mittelallee. Anfahrt siehe vorne.

August

5. August
Sonntag, 5. August
– im Rahmen des Friedensfestes Ohlsdorf
11 Uhr:
Lesung: Biographien – Frauen im Widerstand: Friedel Merz und Paula Mielke-Sens. Gastbeitrag von ver.di, Arbeitskreis Anti-Rassismus
12 Uhr
Gedenken an die »Valvo-Frauen«, Gang zur Grabstätte
Ort: Friedhof Ohlsdorf – Mittelallee. Anfahrt siehe vorne.

Sonntag, 5. August, 14 Uhr
Rundgang in der Gedenkstätte KZ Neuengamme über die Verfolgung der Homosexuellen.
Treffpunkt: Haupteingang.
Veranstalter: Ver.di-AK Lesben und Schwule, ver.di-Jugend, VVN-BdA

10. bis 12. August
Methfesselfest – Das große nichtkommerzielle Initiativen- und Kulturfest in Hamburg-Eimsbüttel
Ort: Else-Rauch-Platz, 20255 Hamburg (U-Lutterothstraße)

Sonntag, 19. August, 15 Uhr
Gedenkfeier für die Opfer der »Euthanasie«.
Ort: Friedhof Ohlsdorf, Geschwister-Scholl-Ehrenfeld (Nähe Kapelle 13).

Sonntag, 26. August, 17 Uhr
Spiegelgrund, Österreich 1999 von A. Schuster und T. Sindelgruber, 71 min
Ehemalige Opfer der Kinder-»Heil«-Anstalt »Am Spiegelgrund« und deren Freundinnen, Freunde und Angehörige geben Auskunft über ihre traumatischen Erlebnisse, die ihr Leben bis heute bestimmen.
Außerdem wird die steile Karriere des Dr. Heinrich Gross nach 1945 behandelt.
Der 1981 vor Gericht erbrachte Nachweis, dass Gross am Spiegelgrund an der »Tötung mehrerer hundert angeblich geisteskranker Kinder« mitbeteiligt war, hatte für ihn keine Konsequenzen. Er blieb u.a. weiterhin Primar am »Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe« und war bis 1998 einer der meist beschäftigten Gerichtsgutachter Österreichs.
Gast: Antje Kosemund
Ort: Kommunales Kino Metropolis, Dammtorstraße / Ecke Kleine Theaterstr.

Sonntag, 9. September, 11 Uhr
Gedenkveranstaltung: »Menschen, wir hatten Euch lieb.« Blumen für unsere Toten zum Internationalen Gedenktag für die Opfer von Faschismus und Krieg.
Ort: Friedhof Ohlsdorf, Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer
Hinweis: um 12.30 Uhr findet auf dem Ehrenfeld der Geschwister-Scholl-Stiftung eine Führung zur Geschichte dies Gräberfeldes statt.
Anschließend wird hier der neu angelegte Stein für Kurt Elvers (1919-1945) eingeweiht.
Dazu gibt der Historiker Dr. Hans Hesse einige Erläuterungen.
Veranstalterin: Willi-Bredel-Gesellschaft

Redaktion: H. J. Meyer

Landesgeschäftsstelle VVN-BdA
Landesvereinigung Hamburg

Hein-Hoyerstraße 41,
20359 Hamburg

Telefon: 040 / 31 42 54
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für den Hamburger VVN-BdA!

Spendenkonto:
VVN-BdA Hamburg, Haspa,
BLZ 200 505 50
Kto.-Nr. 1206 / 127 183